

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 102. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 18. November 2010

1. Abgeordnete

Hans Jürgen Noss und
Frank Puchtler (SPD)

Eigenes Hebesatzrecht der Kommunen bei der Einkommensteuer

Die Kommunen auch in Rheinland-Pfalz leiden vor allem aufgrund der seit Ende 2008 vorgenommenen Steuersenkungen und immer neuer Ausgabenbelastungen in der Folge bundesrechtlicher Regelungen unter einer außerordentlich schwierigen Haushaltssituation. Neben Dringlichkeitsmaßnahmen wie den rheinland-pfälzischen kommunalen Entschuldungsfonds muss auf der Bundesebene eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen treten. Im Kontext der dieser Aufgabe gewidmeten Gemeindefinanzkommission hat der Bundesfinanzminister am 3. November 2010 u. a. den Vorschlag unterbreitet, den Kommunen das Recht zu geben, eigene Zuschläge auf die Einkommensteuer zu erheben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung ein solches kommunales Hebesatzrecht mit Blick auf die Gesundung der kommunalen Finanzen?
2. Welche Wirkungen wären davon nach der Beurteilung der Landesregierung mit Blick auf die soziale Lage und ihre Entwicklung insbesondere in größeren Städten im Unterschied zu deren Umlandgemeinden zu erwarten?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den mit dem vorgeschlagenen kommunalen Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer verbundenen Verwaltungsaufwand?
4. Wie beurteilt die Landesregierung vor diesem Hintergrund eine Beibehaltung der Gewerbesteuer und die Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung im Sinne einer verringerten konjunkturbedingten Schwankung ihres Aufkommens?

2. Abgeordnete

Dorothea Schäfer und
Christine Schneider
(CDU)

Scheitern der Verhandlungen über einen neuen Vertrag zur Kooperation der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen bei der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Geisenheim

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Mitbestimmungsrechte des Landes Rheinland-Pfalz an der Auswahl und Durchführung der Arbeit der Forschungsanstalt Geisenheim und welche Rechte zur Nutzung der Forschungsergebnisse und der Einrichtungen der Anstalt entfallen mit dem Auslaufen des Vertrages zum Jahresende?
2. Über welche Themen und Sachverhalte die Arbeit der Forschungsanstalt Geisenheim betreffend hat es in dieser Legislaturperiode in den Gremien der Anstalt oder unmittelbar zwischen den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz Auseinandersetzungen oder nicht gelöste Konflikte gegeben?
3. Welche konkreten Vorstellungen für eine qualifizierte Mitbestimmung des Landes Rheinland-Pfalz über die Geschicke der Forschungsanstalt Geisenheim hat die Landesregierung in den Verhandlungen seit der Kündigung des Vertrages geltend gemacht?
4. In welcher Weise will die Landesregierung die bisherigen Beiträge für die Forschungsanstalt Geisenheim in Höhe von rund 1,3 Millionen Euro, sofern diese nicht eingespart werden sollen, für die Agrarforschung einsetzen?

**3. Abgeordneter
Walter Strutz (FDP)**

Äußerungen des Innenministers zum UN-Menschenrechtsbericht während seiner Ruanda-Reise

Die langjährige Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit Ruanda wird neben der offiziellen Pflege insbesondere auch durch das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Vereinen und privaten Initiativen mit Leben erfüllt. Dabei liegen Schwerpunkte bei der Verbesserung der Lebenssituation für alle Einwohner unseres afrikanischen Partnerlandes, der erfolgreichen Bekämpfung der Korruption und der Förderung des Schutzes der Menschenrechte.

Bei Gelegenheit der Reise des Innenministers nach Ruanda in diesem Herbst soll der Minister Berichten zufolge zu mehreren Gelegenheiten – unter anderem anlässlich eines Termins mit Präsident Kagame – Äußerungen mit Bezug auf den vom Hohen Kommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OHCHR) veröffentlichten Bericht über Menschenrechtsverletzungen in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) 1993 bis 2003 getätigt haben. Der Bericht enthält u. a. Anschuldigungen gegenüber ruandischen Streitkräften hinsichtlich auf dem Staatsgebiet der DRK verübter Menschenrechtsverletzungen.

Der Minister wurde in der als regierungsnah geltenden ruandischen Tageszeitung „The New Times“ wörtlich in Übersetzung zitiert, der Bericht sei „ohne Grundlage“ und „nicht überzeugend“, soweit er Kritik gegenüber Ruanda enthalte („*To us, this report lacks foundation and is not convincing when it comes to the points in which it criticises Rwanda*“).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass der Innenminister im Rahmen seiner Reise nach Ruanda gegenüber offiziellen ruandischen Stellen Aussagen getroffen hat, wonach der UN-Menschenrechtsbericht, soweit er Kritik an Ruanda übt, „ohne Grundlage“ und „nicht überzeugend“ sei, oder hat er vergleichbare Äußerungen getätigt?
2. Auf welchen Kenntnissen oder Quellen, abgesehen vom UN-Menschenrechtsbericht selbst, beruhen die Feststellungen des Innenministers, die ihn zu diesen Äußerungen bewegt haben?
3. Gegen welche Feststellungen oder Passagen des UN-Menschenrechtsberichts hat sich der Minister konkret gewendet?
4. Mit welchen verantwortlichen Stellen wurde die in den Äußerungen des Innenministers erkennbare Position im Vorfeld seines Besuchs in Ruanda abgestimmt, falls überhaupt?

**4. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)**

Haltung der Landesregierung zu Vorwürfen im UN-Bericht zu Ruanda

Ich frage die Landesregierung:

1. Handelt es sich bei dem Innenminister Bruch zugeschriebenen Zitat: „Für uns entbehrt der Bericht jeder Grundlage und ist nicht überzeugend. Für uns ist Ruanda ein Land mit einem hohen Niveau an Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit für seine Bürger und einem hervorragenden Schulsystem und wir glauben, dass Ruanda sich nicht rechtfertigen muss“ um ein wörtliches Zitat?
2. Wenn ja, wie begründet die Landesregierung diese Haltung?
3. Wenn nein, wie beurteilt sie die Verbreitung dieses Zitats auf der offiziellen Homepage des ruandischen Präsidenten und in der ruandischen Presse?

**5. Abgeordnete
Kathrin Anklam-Trapp
und Peter Wilhelm
Dröscher (SPD)**

Kürzung der Mittel für die Eingliederung Arbeitsloser

Im Sparpaket der Bundesregierung wurde eine Kürzung der Eingliederungsmittel für den Arbeitsmarkt in Höhe von 1,5 Milliarden Euro beschlossen.

Diese Mittelkürzungen haben zur Folge, dass in Rheinland-Pfalz je nach Region ein Rückgang der Eingliederungsmittel von bis zu 30 oder 40 % zu verzeichnen ist.

Nach aktuellen Pressemeldungen steht daher die Durchführung vieler Arbeitsmarktprojekte in Frage, da die Argen sie nicht mehr finanzieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wirkt sich das Sparpaket konkret in Rheinland-Pfalz aus?
2. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf die Grundsicherungsstellen in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf die Träger der Maßnahmen in Rheinland-Pfalz?
4. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung für die betroffenen Langzeitarbeitslosen?

**6. Abgeordnete
Bettina Dickes (CDU)**

Umgang der Landesregierung mit interkulturellen Konflikten an rheinland-pfälzischen Schulen

Die Berichterstattung der Mainzer Rhein-Zeitung vom 15. November 2010 legt nahe, dass die Schulaufsicht einer Lehrkraft in Betzdorf im Anschluss an eine interkulturelle Konfliktlage die Versetzung an eine andere Schule nahegelegt hat.

Ich frage die Landesregierung:

1. Bleibt die Landesregierung bei ihrer zuletzt im Ausschuss für Bildung und Jugend geäußerten Position, dass die Freistellung der besagten Lehrkraft vom Unterricht für mehrere Tage richtig sei?
2. Stimmt die Landesregierung mit dem Vorgehen der ADD überein, im vorliegenden Fall der Lehrkraft die Versetzung an eine andere Schule als Option nahezu legen?
3. Hält die Landesregierung das Vorgehen der Schulaufsicht im vorliegenden Fall im Hinblick auf andere interkulturelle Problemlagen an rheinland-pfälzischen Schulen für beispielhaft?
4. Wird sich das in Betzdorf sichtbar gewordene Vorgehen in dem von der Landesregierung angekündigten Handlungsratgeber für interkulturelle Konfliktlagen an rheinland-pfälzischen Schulen widerspiegeln?

**7. Abgeordnete
Herbert Mertin und
Günter Eymael (FDP)**

Information des Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bezüglich einer Finanzierung des Flughafens Hahn durch Investoren, die bereits im Zusammenhang mit dem Projekt „Nürburgring 2009“ für das Land tätig waren

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Informationen lagen dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hinsichtlich einer Finanzierung des Flughafens Hahn durch Investoren, die bereits im Zusammenhang mit dem Projekt „Nürburgring 2009“ für das Land tätig waren, vor?
2. Wann wurde der Minister bzw. das Ministerium über eine solche Finanzierungsmöglichkeit informiert?
3. Was waren die Gründe dafür, dass das besagte Finanzierungsmodell vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau nicht weiterverfolgt wurde?

**8. Abgeordnete
Margit Mohr,
Heiko Sippel und
Dieter Klöckner (SPD)**

Länderwachstum in Rheinland-Pfalz und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Das Bruttoinlandsprodukt stieg nach Angaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2010 gegenüber den ersten sechs Monaten 2009 preisbereinigt um 4,5 Prozent. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Bundesländervergleich an dritter Stelle. Hohen Anteil an der positiven wirtschaftlichen Erholung hatte die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Industrie und die Entwicklung beim Handwerk. Auch die Auslandsumsätze nahmen in Rheinland-Pfalz um 26,6 Prozent (in Deutschland um 19,8 Prozent) zu und trugen damit herausgehoben zur Steigerung der industriellen Produktion bei.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung das Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz im Einzelnen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Nachfragesituation, derzeitige Auftragslage und Umsatzentwicklung der rheinland-pfälzischen Industrie und des Handwerks?
3. Welchen Stellenwert haben nach Einschätzung der Landesregierung die Exportorientierung der Unternehmen und die Entwicklung der deutschen Binnennachfrage, insbesondere in Rheinland-Pfalz?
4. Wie kann nach Ansicht der Landesregierung die wirtschaftliche Entwicklung rheinland-pfälzischer Unternehmen, insbesondere beim Export in EU-Länder, weiter verbessert werden?

- 9. Abgeordneter**
Dr. Walter Altherr (CDU)
- Kostenübernahme für saisonale Grippeimpfung**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung den aktuellen Impfschutz der Bevölkerung vor dem Hintergrund der saisonalen Grippeimpfung, nachdem wie gemeldet nur ein Teil der rheinland-pfälzischen Krankenkassen die Kosten für die saisonale Grippeimpfung ohne Beschränkung auf bestimmte Personenkreise übernimmt?
 2. Welche Chancen sieht die Landesregierung, alle rheinland-pfälzischen Krankenkassen zur entsprechenden Kostenübernahme zu bewegen?
 3. Welche Maßnahmen ergreift sie hierfür?
- 10. Abgeordnete**
Bettina Dickes und
Anke Beilstein (CDU)
- Sinkende Schülerzahlen an rheinland-pfälzischen Grundschulen**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie hat sich in den vergangenen fünf statistisch zuletzt erhobenen Jahren die Zahl der einzügigen Grundschulen entwickelt?
 2. Wie hat sich in den vergangenen fünf statistisch zuletzt erhobenen Jahren die Zahl der Grundschulen mit Kombiklassen entwickelt?
 3. Wie werden sich gemäß der unteren, mittleren bzw. oberen Bevölkerungsvorausberechnungen die Zahlen der rheinland-pfälzischen Grundschülerinnen und Grundschüler in Fünfjahresschritten bis 2020 entwickeln (Daten bitte in relativen und absoluten Zahlen angeben)?
 4. Welche Konzepte verfolgt die Landesregierung, um Grundschulschließungen in den kommenden Jahren zu vermeiden?
- 11. Abgeordnete**
Frank Puchtler,
Margit Mohr und
Hans Jürgen Noss (SPD)
- Umsetzung des Landesprogramms „Für unser Land: Arbeitsplätze sichern – Unternehmen unterstützen – nachhaltig investieren“**
- Nach den jüngsten Zahlen des Quartalsberichts vom November 2010 soll mit dem Sonderprogramm ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 841 Mio. Euro in 2 666 Projekten umgesetzt werden. Obwohl das Jahresende 2010 bevorsteht, und somit die Förderperiode des Sonderprogramms bereits zu zwei Dritteln abgelaufen ist, wurden jedoch erst 990 Projekte mit einem Investitionsvolumen von lediglich 56 Mio. Euro abgeschlossen.
- Wir fragen deshalb die Landesregierung:
1. Konnte das Sonderprogramm angesichts dieser Zahlen seine beabsichtigte konjunkturstützende Wirkung überhaupt entfalten?
 2. Ist damit zu rechnen, dass alle Maßnahmen rechtzeitig Ende 2010 begonnen und bis Ende 2011 abgeschlossen werden?
 3. Wie hoch ist in Rheinland-Pfalz die Summe der bereits beim Bund abgerufenen bzw. ausgezahlten Mittel, auch – nach Kenntnis der Landesregierung – im Vergleich zu den anderen Ländern?
 4. In welchem Maße werden die zinsfreien Darlehen an die Kommunen in Anspruch genommen und wie hoch ist die Darlehenssumme insgesamt?
- 12. Abgeordnete**
Dorothea Schäfer (CDU)
- Übergang der Lebensmittelkontrolle von kleineren kreisfreien Städten auf die Landkreise**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Warum hat die Landesregierung die betroffenen kreisfreien Städte im Vorfeld der Regelung zum Übergang der Lebensmittelkontrolle von kreisfreien Städten auf die Landkreise so kurzfristig informiert und so unzureichend beteiligt, dass diese sich übergangen fühlen und von einem unüberlegten Verfahren sprechen?
 2. Warum gab es nicht rechtzeitig Regelungen, um den Übergang zu organisieren?
 3. Warum hat die Landesregierung in Kauf genommen, dass die Lebensmittelkontrolle in Frage gestellt wird?
 4. Warum ist auch das Parlament nicht angemessen eingebunden worden, indem die Regelung etwa in Artikel 1 des Gesetzentwurfs für ein Landesgesetz zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts vom 24. August 2010 (Drucksache 15/4892) platziert worden wäre?

13. Abgeordnete**Hannelore Klamm,
Ingeborg Sahler-Fesel und
Margit Mohr (SPD)****Geplante Umstrukturierungsmaßnahmen bei der Deutschen Telekom und Auswirkungen auf die Beschäftigten und Standorte in Rheinland-Pfalz**

Die Deutsche Telekom beabsichtigt, die bisher an den Standorten Trier, Koblenz, Neustadt an der Weinstraße, Mainz, Bad Kreuznach und Kaiserslautern betriebenen Bereiche Geschäftskundenservice und -vertrieb sowie IT zu zentralisieren. Hierzu sollen bundesweit neun Vertriebs- und Servicezentren sowie 28 Vertriebsbüros eingerichtet und die IT-Teams in fünf Innovationszentren zusammengefasst werden. Ein Großteil der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz soll voraussichtlich auf andere Standorte außerhalb des Landes, etwa nach Frankfurt/Main und Bonn, verlagert werden. Die Beschäftigten haben zusammen mit den Betriebsräten und Gewerkschaften gegen diese Pläne protestiert. Die Landesregierung hat ihre Unterstützung zugesagt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der derzeitige Stand der geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen der Deutschen Telekom?
2. Mit welchen Auswirkungen auf die rheinland-pfälzischen Standorte und die Beschäftigten rechnet die Landesregierung?
3. Wie viele Arbeitsplätze im Land sind nach Kenntnis der Landesregierung von den derzeitigen Umstrukturierungsplänen der Deutschen Telekom betroffen?
4. Was hat die Landesregierung bisher im Sinne der rheinland-pfälzischen Standorte und Beschäftigten unternommen?

14. Abgeordnete**Jens Guth und
Heiko Sippel (SPD)****Lärmschutz an den Bundesautobahnen A 61 und A 63**

Durch die starke Zunahme des Verkehrs entlang den Bundesautobahnen A 61 und A 63 sind viele Anrainerkommunen in Rheinhessen besonders vom Verkehrslärm betroffen. Seit Jahren gibt es entsprechende Forderungen nach Lärmschutzmaßnahmen. Die Lärmkartierung der Kommunen macht die Lärmbelastung deutlich, Grenzwerte werden überschritten.

Im Hinblick auf eine Verbesserung des Lärmschutzes etwa bei Wiesoppenheim oder im Bereich rund um Alzey erscheint der Ausbau von Lärmschutzmaßnahmen durch die Errichtung von Lärmschutzwänden machbar.

Aufgrund der Lärmschutzinitiative von Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) in der großen Koalition wurden die Grenzwerte um 3 dB(A) abgesenkt. Eine detaillierte schalltechnische Untersuchung auf der Grundlage neuester Verkehrszahlen und der örtlichen topografischen Situation in Wiesoppenheim an der A 61 wurde veranlasst.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand des Lärmschutzes entlang der Bundesautobahnen A 61 und A 63 im Land, speziell in Rheinhessen?
2. Welche Lärmschutzmaßnahmen sind derzeit entlang der A 61 und A 63 in Vorbereitung und Planung?
3. Wie ist der aktuelle Stand zum Ausbau einer Lärmschutzwand an der A 61 im Bereich von Alzey und Worms unter besonderer Berücksichtigung der Stadtteile Wiesoppenheim, Leiselheim und Pfeddersheim (Talbrücke)?

15. Abgeordnete**Martin Brandl und
Bettina Dickes (CDU)****Landesweite Ergebnisse von VERA 8**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Ablauf und die inhaltliche Konzeption von VERA 8?
2. Wieso werden die gesammelten Daten von VERA 8 nicht wie in Berlin landesweit ausgewertet?
3. Inwiefern werden die Ergebnisse von VERA 8 in die Arbeit der AQS einbezogen?
4. Inwieweit sieht die Landesregierung einen inhaltlichen Widerspruch in der Durchführung landesweiter Vergleichsarbeiten und der gleichzeitigen Ablehnung landesweit einheitlicher Abschlussprüfungen?

16. Abgeordnete

Jens Guth,
Alfons Maximini und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)

Ausbaustrecke Luxemburg – Trier – Koblenz – Mainz und zweigleisiger Ausbau der Schienenstrecke zwischen Igel und Igel-West

Bundesverkehrsminister Ramsauer hat im Verkehrsausschuss des Bundestages den neuen Bedarfsplan für die Bundesschienenwege und Bundesfernstraßen vorgestellt. Der zweigleisige Ausbau der Schienenstrecke Igel und Igel-West erreicht nach einer Optimierung beim neuen Bedarfsplan einen Nutzen-Kosten-Faktor von 1,2.

Der Ausbau der gesamten Moselstrecke wird durch den Bundesverkehrsminister jedoch als nicht wirtschaftlich angesehen. Bei der Planung der Ausbaustrecke Luxemburg – Trier – Koblenz – Mainz wird festgestellt, dass die gesamtwirtschaftlichen Mehrkosten der Umstellung von leichten Betriebswagen auf Triebwagen mit Neigetechnik den Nutzen bei weitem übersteigen. Bei dem Planungsvorhaben wird ein Nutzen-Kosten-Faktor von unter 1 festgestellt. Auf den optimierten Planfall zum NeiTech-Ausbau zwischen Trier und Koblenz wurde bei der Bewertung verzichtet. Ebenso wurde auf die Herstellung der Zweigleisigkeit auf der bestehenden Moselbrücke bei Konz verzichtet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Einstufung der Ausbaustrecke Luxemburg – Trier – Koblenz – Mainz im Bedarfsplan des Bundesverkehrsministeriums im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der gesamten Moselstrecke?
2. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass der zweigleisige Ausbau der Schienenstrecke zwischen Igel und Igel-West letztlich zu Lasten der Ausbaustrecke Luxemburg – Trier – Koblenz – Mainz erfolgt?
3. Hält es die Landesregierung für realistisch, dass durch die Herstellung der Zweigleisigkeit der kurzen Schienenstrecke zwischen Igel und Igel-West eine Zeitersparnis von nur wenigen Minuten erreicht wird, und welche weiter gehenden Möglichkeiten zur verbesserten Anbindung an Luxemburg sieht die Landesregierung etwa durch Reaktivierung der Westtrasse?